

gale Ausreisen auf dem Transitwege nach Skandinavien. Als die Grenzorgane der DDR Vermerke im Paß bei der Einreise von Ausländern einführten, waren täglich ausländische Studenten im Auftrage der Gruppe im demokratischen Berlin unterwegs, um diese Sichtvermerke „aufzuklären“. Auf diese Weise betrieb die Organisation monatelang einen umfangreichen Menschenhandel.

In den letzten Monaten beschäftigte sich die Gruppe Girmann mit der Organisation von gewaltsamen Grenzdurchbrüchen, die unter Anwendung von Waffengewalt durchgeführt werden sollten. Deshalb erhielten verschiedene Mitarbeiter den Auftrag, Waffen und Sprengstoff zu beschaffen. Einzelne Mitarbeiter, wie z. B. der Zeuge Miehke, wurden mit Schusswaffen ausgerüstet. In letzter Zeit wurden die Bemühungen verstärkt, Maschinenpistolen und andere automatische Waffen sowie Sprengstoff zu erhalten. Mit Hilfe von Kurieren sollten auch Waffen in das demokratische Berlin eingeschleust werden, um sie für vorbereitete Grenzdurchbrüche bereitzustellen. Auch die Gruppe „Roos“, die Aufträge der Gruppe Girmann durchführt und sich speziell mit Schleusungen durch die Kanalisationsanlagen beschäftigt, verfügt über Schusswaffen.

Die Pläne für gewaltsame Grenzdurchbrüche sahen vor, daß nach Auswahl des geeigneten Orts und Zeitpunkts die abgeworbenen DDR-Bürger durch Kuriere gesammelt und in die Einzelheiten des Planes eingeweiht werden sollten. Die Leitung der Gruppe sollte ein von Westberlin eingeschleuster bewaffneter Mitarbeiter der Zentrale übernehmen, der mit einem Sprechfunkgerät ausgerüstet ist, um mit Hilfe der Sprechfunkverbindung den Grenzdurchbruch zu sichern. Auf Westberliner Seite sollten mit automatischen Waffen ausgerüstete Mitarbeiter der Zentrale und Angehörige der Bereitschaftspolizei zum festgesetzten Zeitpunkt Stellung beziehen. Sollte die Gruppe der Grenzverletzer von Sicherheitsorganen der DDR gestellt werden, so sollten die Grenzverletzer von der Schusswaffe Gebrauch machen. Falls die Örtlichkeit von Westberliner Seite nicht genügend eingesehen werden konnte, sollte mit Hilfe der Sprechfunkverbindung die bewaffnete Unterstützung von Westberliner Seite ermöglicht werden. Audi das gewaltsame Eindringen von Westberlin in das Gebiet der DDR war in den Plänen vorgesehen.

Daß es sich bei diesen Festlegungen der Girmann-Gruppe nicht nur um Projekte handelte, sondern bereits seit längerer Zeit mit der Ausführung begonnen worden ist, zeigt der ähnliche organisierte Versuch zum Grenzdurchbruch in der Nacht vom 25. zum 26. Januar 1962, der von dem Angeklagten Skrzypczak vorbereitet wurde. Ein Sprechfunkgerät amerikanischer Herkunft, das von der Zentrale dem Zeugen Miehke übergeben worden war, lag dem Gericht vor.

Mit diesen Methoden wollte die Girmann-Gruppe, von der die Initiative zur Abwerbung der DDR-Bürger und zur Organisation der Grenzdurchbrüche ausging, den Eindruck erwecken, als ob die DDR-Bürger von sich aus unter Einsatz ihres Lebens die DDR verlassen wollten und ihnen von Westberlin aus nur zufällig Hilfe beim Betreten Westberliner Bodens gewährt würde. Diese verlogene Version ist durch die Feststellungen dieses Prozesses widerlegt worden, daß systematisch die gesamte Organisation der Grenzdurchbrüche von Westberlin aus erfolgt, daß an den vereinbarten Orten Feuerschutz zugesagt und unter größter Verletzung der Regeln des internationalen Rechts auch gewährt wird. Das ist deswegen von großer Bedeutung, weil in allen westlichen Darstellungen, auch in der Note der drei Westmächte an die Regierung der UdSSR vom 25. Juni 1962, dieser Sachverhalt in sein Gegenteil verkehrt wird.

Die Girmann-Organisation steht mit den alliierten Geheimdiensten in Westberlin in Verbindung, wobei Veigel alias Schwarzer als Verbindungsmann fungiert. Die durchgeführten gemeinsamen Besprechungen dienten u. a. dem Informationsaustausch über die Methoden des Menschenhandels, der Waffenbeschaffung für die Gruppe Girmann und der Beschaffung der Sprechfunkgeräte. Mit den Geheimdienststellen im Notaufnahmelager Marienfelde arbeitet die Gruppe über den stellvertretenden Lagerleiter Schlichting zusammen. Dieser veranlaßte, daß die von der Gruppe Girmann nach Westberlin verbrachten DDR-Bürger in Marienfelde beschleunigt abgefertigt und die Methoden des Grenzdurchbruchs vertraulich behandelt wurden.

Enge Verbindungen hat die Agentenzentrale zu den Senatsdienststellen, vor allem zum Büro Brandt. Von dort erhielt die Zentrale Zusagen über die Absicherung ihrer Feindtätigkeit gegen die Staatsgrenze der DDR. Für den Fall der Verletzung der in Westberlin bestehenden Gesetze, z. B. bei illegalem Schusswaffenbesitz oder anderen Gesetzesverletzungen, wurde den Agenten von dieser Dienststelle zugesagt, daß ihnen keine persönlichen Nachteile entstehen und sie in keinem Fall mit strafrechtlicher Verfolgung zu rechnen haben würden.

Mit Hilfe des Büros Brandt wurden der Agentenzentrale die Baupläne des Wasserbauamtes zur Einsicht und zum Fotokopieren zur Verfügung gestellt, um ihr konkrete Unterlagen für sämtliche Wasserstraßen und Uferanlagen im Bereich der Staatsgrenze der DDR zu geben. Außerdem erhielt die Zentrale auf dem gleichen Wege Baupläne, die für den Bereich der Staatsgrenze der DDR die vorhandenen Gas- und Wasserleitungen sowie Kabel und den gesamten Bauuntergrund enthielten. Auf diesen Unterlagen waren Hindernisse und besonders günstige Bedingungen — wie z. B. Unterkellerungen — im Bereich der Staatsgrenze zu erkennen, die bei dem Bau von Tunneln berücksichtigt werden konnten. Mit Hilfe der Baupläne wurden günstige Stellen für derartige Vorhaben der Agentenzentrale ausgewählt.

Eine enge Zusammenarbeit besteht auch zwischen der Gruppe Girmann und der Westberliner Polizei. Leitende Mitarbeiter der Westberliner Kriminalpolizei und des Landesamtes für Verfassungsschutz unterstützen die Tätigkeit der Zentrale. So fand Anfang April 1962 eine Beratung zwischen Agenten der Gruppe Girmann und Angehörigen der Bereitschaftspolizei über einen gewaltsamen Grenzdurchbruch statt, bei dem Westberliner Polizisten Feuerschutz geben sollten. Zwischen der Zentrale und der Westberliner Polizeiführung bestehen Vereinbarungen, die im Falle irrtümlicher Verhaftung eines Agenten dessen sofortige Freilassung nach Anruf einer bestimmten Telefonnummer sichern. So wurde der Zeuge Miehke wegen Benutzung eines gefälschten Passes Ende März 1962 festgenommen. Nachdem die ihm bekannte Telefonnummer angerufen worden war, wurde er sofort in Freiheit gesetzt und erhielt auch den falschen Paß zurück.

Die Aussage des Zeugen Paukert bestätigt ebenfalls die volle Unterstützung der Westberliner Polizei bei der Durchführung verbrecherischer Anschläge gegen die Staatsgrenze der DDR. Gemeinsam mit den Brüdern Franzke, vorbestraften und asozialen Elementen, beteiligte sich der Zeuge unter dem Schutz der Westberliner Polizei am Tunnelbau Wollankstraße und an anderen Unterminierungen der Staatsgrenze der DDR.

Diese verbrecherischen Unternehmungen wurden von der Westberliner Polizei gegen Unbefugte gesichert und in ihrem Fortgang kontrolliert. Auf Anweisung der Polizei wurde den Verbrechern zur Unterstützung ihrer Arbeit an einem anderen Tunnel eine Beobachtungs-